

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Wochentag nachmittags — Fernpr. Nr. 11.
Postfach 23 464. — Gemeindegroßkonto 14. —
Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einsendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konturien, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Verfertigerleistungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Giltengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Röseldorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenchursdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Tirschtal, Ruffschappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Außdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 283

Der Preis der einpaltigen Anzeigen beträgt 15. Für den Nachweis werden 15 Goldpfennige berechnet.

Montag, den 7. Dezember 1925

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige einschließlich Trägerlohn.

75. Jahrg.

Der Rücktritt des Reichstabinetts

wird uns in folgenden kurzen Meldungen mitgeteilt:

Berlin, 5. Dezember

Amlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung beschloß in der heutigen Sitzung einstimmig, dem Herrn Reichspräsidenten die Demission zu überreichen. Der Reichskanzler wird heute nachmittags 6 Uhr vom Herrn Reichspräsidenten empfangen werden.

Berlin, 5. Dezember

Reichskanzler Dr. Luther überbrachte heute nachmittags 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns dazu noch geschrieben:

Reichskanzler Dr. Luther hat nach dem Rücktrittsbeschluss des Reichstabinetts dem Reichspräsidenten einen eingehenden Vortrag über die politische Lage gehalten. Im Anschluss daran wurde die erste Fühlungnahme zwischen dem Reichspräsidenten und den maßgebenden politischen Parteiführern in Aussicht genommen, die aber zu keinem Ergebnis gelangen kann, weil die Parteien noch keinerlei Grundlage für eine neue Kabinettsbildung gefunden haben. Nunmehr soll Reichskanzler Dr. Luther versuchen, durch seinen persönlichen Einfluss eine Regierung zustande zu bringen, die möglichst schon in kurze Zeit mit einem neuen Programm vor den Reichstag hintreten kann, um die Vertrauensfrage zu stellen. Das entscheidende Moment ist dabei, wie sich die Flügelparteien, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, verhalten werden.

In den führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei rechnet man schon jetzt mit dem endgültigen Scheitern aller Versuche zur Wiederherstellung einer Regierung der großen Koalition, und man legt daher großen Wert darauf, die Deutschnationalen wieder zur nachsichtigen Mitarbeit heranzuziehen. Ob diese Bemühungen zu einem Erfolg gelangen werden, hängt in erster Linie davon ab, inwieweit sich das Zentrum dazu bereit finden würde, durch eine Mitwirkung ein neues Kabinett Luther zu ermöglichen, das tatsächlich ohne Duldung der Deutschnationalen nicht in der Lage sein würde, eine Reichstagsmehrheit hinter sich zu vereinigen. Das Zentrum scheint vorläufig diesen vollen parteiischen Bemühungen ziemlich ablehnend gegenüber zu stehen. Wenigstens äußert sich das führende Zentrumsbüro „Die Germania“, sichtlich missgestimmt über den Versuch zur Wiederherstellung der Deutschnationalen, indem es behauptet, daß sich infolge der Haltung der Deutschnationalen gegenüber dem Vertrag von Locarno ein solches Maß von Hindernissen für eine Zusammenarbeit mit ihnen in der Regierung ergebe, daß sich das Zentrum nicht dazu entschließen könne, eine Politik zu wiederholen, deren Unrichtigkeit sich auch jetzt bei der Abstimmung über Locarno gezeigt habe.

Die entscheidenden Verhandlungen Dr. Luthers mit den Parteien werden kaum vor Mittwoch stattfinden können, da man erst einen formellen Beschluss der Sozialdemokratie abwarten muß. Es verläutet, daß die Sozialdemokraten eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Forderungen aufstellen werden, die sie als Bedingung für ihre Beteiligung an der Reichsregierung geltend machen wollen. Bei der Deutschen Volkspartei ist daher die Auffassung verbreitet, daß sich die Aussichten der großen Koalition durch vorläufige Forderungen der Sozialdemokratie zer-

schlagen müßten, denn es stehe fest, daß man gerade in wirtschaftlicher Hinsicht kein sozialdemokratisches Diktat entgegennehmen könne. Es ist sehr schwer zu übersehen, wie lange die Bemühungen zur Neubildung des Reichstabinetts dauern werden, wenn die Schwierigkeiten, die sich aus der Gesamtlage ergeben, verschärfen sich beinahe stündlich. Die Hoffnungen, daß vor Anfang Januar ein neues Kabinett auf die Beine gestellt wird, sind sehr gering, und man macht sich schon jetzt auf ein längeres Interregnum gefaßt. Dadurch wird selbstverständlich auch in den außenpolitischen Verhandlungen eine Verzögerung unvermeidlich sein, denn der wichtige Beschluss, den die deutsche Regierung jetzt zu fassen hat, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, kann von dem zurückgetretenen Kabinett Luther, das vorläufig die Geschäfte weiterführt, nicht in die Tat umgesetzt werden. Es zeigt sich daher mit aller Deutlichkeit, daß die Hinauszögerung der Regierungsfreiheit durch den Reichskanzler Dr. Luther gewisse Gefahren in sich barg, und daß man früher Gelegenheit hätte nehmen müssen, die Voraussetzungen für die Lösung der Krise zu schaffen, die nach dem Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinett doch nicht vermieden werden konnte.

Löbe bei Hindenburg

Der Reichspräsident hat am Sonntag mittag den Reichspräsidenten Löbe empfangen, der ihm über die gegenwärtige parlamentarische Lage Bericht erstattete. Am Montag sollen die Führer der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Wälfischen und Kommunisten vom Reichspräsidenten empfangen werden, und zwar zuerst die Sozialdemokraten, darauf die Demokraten und dann die übrigen Fraktionsführer in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Die Empfänge beim Reichspräsidenten beginnen um 10 Uhr vormittags. Bisher rechnet man damit, daß der Reichspräsident nach diesen Empfängen Dr. Luther erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden kann.

Dr. Luther und die Sozialdemokratie

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 7. Dezember

Wie wir hören, ist der Reichskanzler Dr. Luther fest entschlossen, die sachliche Mitarbeit der Sozialdemokratie für sein neues Kabinett zu gewinnen. Er wird daher vor der entscheidenden Sitzung der sozialdemokratischen Vorstände nochmals mit den sozialdemokratischen Führern zusammenkommen. Erst wenn eine endgültige Abjage der Sozialdemokratie vorliegen sollte, wird Dr. Luther den Versuch machen, ein rein bürgerliches Kabinett zu bilden und zwar würde er dann mit größter Begeisterung vor den Reichstag hintreten, um in offener parlamentarischer Feldschlacht eine Klärung herbeizuführen. Es ist daher damit zu rechnen, daß Dr. Luther den Antrag zur Regierungsbildung konsequent bis zur letzten Erschöpfung der Möglichkeiten durchführen wird und daß eine andere Kanzlerkandidatur nicht in Erwägung gezogen werden kann.

Ein neues Geleg. über den Preisabbau

In der Kabinettsitzung des Sonnabend-Vormittags erledigte das Kabinett eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Angelegenheiten, bevor das Reichsministerium den Demissionsbeschluss faßte. Es wurde ein Gelehtentwurf zur Förderung des Preisabbaues verabschiedet, der nunmehr sofort dem Reichstag vorgelegt werden wird. Der Gelehtentwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufsicht der Verordnungsbehörde über die Geschäftsaussicht.

2. Vorschriften gegen die Ausbeutung bei der Vergebung von Aufträgen im Wege der Ausschreibung.

3. Beseitigung der Ausnahmestellung der Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung den Einwirkungsmöglichkeiten der Reichsregierung und des Kartellgerichts nicht unterlagen.

4. Bestimmungen, die hinsichtlich der Einwirkungsmöglichkeiten des Staates die Innungen und Innungsverbände den Kartellen in gewissem Umfang gleichstellen.

5. Vorschriften über das Festhalten von Brot zu festem Gewicht.

Diese gesetzlichen Maßnahmen haben sich bei der Durchführung der Preisabbauaktion als notwendig erwiesen. Die zur Verfügung stehenden verwaltungsmäßigen Mittel hat die Reichsregierung zur Herbeiführung des für erforderlich erklärten Preisabbaues selbstverständlich sämtlich angewendet. Diese Mittel reichten aber zur Erzielung des angestrebten Erfolges nicht aus. Der vorgeschlagene Gelehtentwurf soll die Preisgestaltung in der Wirtschaft weiterhin im Sinne einer für die Gesamtheit gesunden Entwicklung beeinflussen. Dabei wird die Reichsregierung in wesentlichen Beziehungen nach wie vor auf die verständnisvolle Mitwirkung der Erwerbstätigen angewiesen bleiben. Die in Fortführung der Preisabbauaktion weiter eingeleiteten und noch im Gange befindlichen Maßnahmen werden ohne Unterbrechung weitergeführt werden.

So beschloß das Kabinett, dem Reichsrat die Herabsetzung des Zinsfußes für die von den Apotheken vertriebenen Spezialitäten zu empfehlen.

Außerdem verabschiedete das Kabinett eine Denkschrift über die Sozialversicherung 1924/25 und eine Darlegung über die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Erwerbslosenfürsorge seit dem 1. Juli 1924. Diese Materialien werden sofort dem Reichsrat und Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Wie wir gleichzeitiger erfahren, haben die Bestimmungen der Reichsregierung auf Herabsetzung der Zinsätze für öffentliche Gelder zu dem weiteren Ergebnis geführt, daß sich der Vereinbarungen zur Zinsherabsetzung der öffentlichen Gelder nicht nur die überwiegende Zahl der Länder vorbehaltlos angeschlossen hat, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Städtebund, der Reichstädtetand und der Deutsche Landkreistag, sowie das Geldinstitut des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Deutsche Girozentrale, ihnen vorbehaltlos beigetreten sind.

Die neue belgische Besatzungszone

Es wird gemeldet, daß die Belgier zwar mit der Räumung der Kretefelder Zone begonnen haben, daß größere Truppenbewegungen aber erst in zehn Tagen erfolgen könnten, weil die Frage der Unterbringung der Truppen noch nicht geklärt sei. Die neue Zone umfaßt folgende Orte: Lachen, Geleitkirchen und Konshau.

Quartierleistungen im besetzten Gebiet?

Nach einer Meldung der „Bolschischen Zeitung“ soll ein Befehl des französischen Höchstkommandierenden der Rheinarmee ergangen sein, wonach neue Quartiere nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung des Höchstkommandierenden angefordert werden dürfen. Wie es in dem Befehl weiter heißt, soll diese Genehmigung nur in besonders begründeten Fällen erteilt werden.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

In der Freitagssitzung der französischen Kammer nahm der Handelsminister davon Kenntnis, daß in aller nächster Zeit eine Sitzung anberaumt werden soll, in der die Grundlagen besprochen werden, auf denen die französischen Handelsvertragsverhandlungen geführt werden sollen. Deranlassung zu dieser Bemerkung gaben Klagen der

französischen Landwirtschaft. Der Minister verfaßte eine Antwortnote des deutschen Botschafters auf eine Anfrage der französischen Regierung, in der eine Zwischenregelung der Zollbehandlung der landwirtschaftlichen Produkte angeregt war. In dieser Note bringt die deutsche Regierung zum Ausdruck, daß sie nicht in der Lage sei, der französischen Regierung ein Sonderzugeständnis zu machen.

Wie wir dazu aus wirtschaftlichen Kreisen erfahren, dürfte die englische Schutzpolitik gegenüber Deutschland gewisse Auswirkungen auf die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ausüben. Die Bemühungen Englands, die deutsche Eisenverarbeitende Industrie durch Zollerhöhungen vom Weltmarkt zu verdrängen, werden naturgemäß diejenigen Bestrebungen fördern, die auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Industrien Deutschlands und Frankreichs hinarbeiten. Aus diesem Grunde hält man es für sehr wohl möglich, daß die vor der Wiederaufnahme stehenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu einem sehr raschen Abschluß gelangen werden.

Die Daweszahlungen im November erfüllt

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Die Reparationskommission hat in der Donnerstagssitzung die Erfüllung der deutschen Daweszahlungen für den Monat November festgestellt. Die letzte deutsche Zahlung im laufenden Jahr in Höhe von etwa 22 Millionen Goldmark ist am 20. Dezember fällig.

Amerika gegen den Völkerbund, aber für Abrüstung — zu Lande

Eine amtliche Erklärung des Weißen Hauses — sich der amerikanischen Regierung — läßt keinen Zweifel daran, daß die scharf ablehnende Haltung des Präsidenten Coolidge gegenüber dem Völkerbund unverändert geblieben ist. Falls es richtig wäre, so heißt es in der Erklärung, daß der Völkerbund die Vereinigten Staaten zu einer Entwaffnungskonferenz einzuladen gedente, so müßte Coolidge die Entscheidung über die Annahme dieser Einladung dem Kongreß überlassen. Der Sinn dieser Feststellung ist zweifellos, wenn man bedenkt, daß die Mehrheit des Kongresses gegen jede Aktion des Völkerbundes eingestellt ist.

Die Gelegenheit dieser Erklärung wird dazu benutzt, um an Frankreich nochmals die Forderung auf Landabrüstung zu richten. Coolidge hoffe, so heißt es, aufrichtig, daß die Bemühungen, eine wirkliche Landabrüstung herbeizuführen, erfolgreich sein möchten. Er sehe in großen Landheeren nicht nur eine Bedrohung des Weltfriedens. Wiederholt habe er deshalb den Standpunkt unterstrichen, daß Amerika sein Geld nicht dazu ausgeben habe, um derartige militärische Zwecke auch noch zu finanzieren. Der Vertrag von Locarno lege Europas Kontinentalmädie in den Stand, ihre großen Landheere abzubauen.

Trendelenburg über deutsche Außenhandelspolitik

Staatssekretär Dr. von Trendelenburg sprach am Freitag nachmittags in der Hamburger Börse über die deutsche Außenhandelspolitik. Er gab eine kritischen Ueberblick über den Stand unserer Handelsvertragsverhandlungen und wies dabei darauf hin, daß durch den Uebergang Englands zum Schutz-zollsystem für ganz Europa neue schwierige Probleme auftauchten. Es könne keinem Zweifel unterliegen und werde auch von einsichtigen englischen Kreisen nicht in Abrede gestellt, daß dieser grundsätzliche Wandel der englischen Handelspolitik gerade für den festländischen Ausfuhrhandel und im besonderen Maße für den deutschen Ausfuhrhandel die ernstesten Nachteile mit sich bringe. Verhandlungen, die Deutschland aus diesem Anlaß in London führte, hätten zwar ge-